

Integrierte und nachhaltige Industriepolitik

Ein sozialdemokratischer Ansatz für Europa



S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Vorwort	3
Einleitung	4
Herausforderungen an eine EU-Industriepolitik	5
Ein globaler Markt	5
Die Ressourcen werden knapp	6
Soziale Verantwortung und Teilhabe stärken.	7
Antworten durch eine neue Strategie: Europa 2020	9
Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung	9
Ressourceneffizientes Europa.	10
Innovationsunion	13
Bessere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Entfaltung industrieller Aktivität	15
KMU als Rückgrat europäischer Wirtschaftskraft stärken	15
Ein industrieorientierter Ansatz in der europäischen Forschung.	16
EU-Patent: verbesserter Schutz innovativer Ideen	19
Reform der Normung zur Wahrung der technologischen Führungsposition.	19
Öffentliche Auftragsvergabe: entscheidender Impuls für neue Märkte.	20
Qualifikation als Standortvorteil	20
Sozialdemokratische Strategie für eine integrierte und nachhaltige EU-Industriepolitik	22
Unsere Position in 10 Punkten	22

Mehr denn je braucht Europa heute eine Neuausrichtung europäischer Industriepolitik. Die Auswirkungen der anhaltenden Finanzmarkt- und Schuldenkrise haben uns deutlich vor Augen geführt, dass nur eine solide industrielle und somit wirtschaftliche Basis den volatilen Kräften unbeherrschbar gewordener Finanzmarktjongleure standhalten kann. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Überzeugung, dass Industriepolitik der Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und gesellschaftlichem Wohlstand ist. Gerade aufgrund der globalen Herausforderungen muss die notwendige Weiterentwicklung der Industriepolitik seitens der EU und der Mitgliedstaaten aktiv begleitet werden. Wir brauchen eine sektorspezifische und zugleich integrierte Industriepolitik, die vor heutigen und künftigen Herausforderungen bestehen kann. Dafür muss klar sein, welches die künftigen zentralen Bereiche sein werden, in denen sich industrielle Aktivität in Zukunft schwerpunktmäßig entfalten soll. Neben globaler Wettbewerbsfähigkeit, Ressourcenknappheit und Nachhaltigkeit sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament auch Probleme im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und dem drohenden Fachkräftemangel Schwerpunktthemen, zu denen wir Antworten geben wollen.

Die Sicherung unserer ökologischen Lebensgrundlage ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil unseres sozialdemokratischen Ansatzes der Industriepolitik, ebenso wie die Einbindung aller Interessenträger wie Beschäftigte und Sozialpartner in die Ausgestaltung der politischen Leitlinien. Unser Ziel ist es, die industrielle Basis zu erneuern und zu stärken. Dafür ist es notwendig, dass Handels-, Wettbewerbs- und Umweltpolitik nicht los-

gelöst nebeneinander stehen, sondern wie Zahnräder ineinander greifen und gemeinsam die neue europäische Industriepolitik gestalten. Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit, wettbewerbsfähige Produkte und Produktionsprozesse müssen Markenzeichen europäischer Industriepolitik sein. Nur mit einer gesunden Industrielandschaft werden wir auch in Zukunft mit den großen, aufstrebenden Industrienationen als gleichberechtigter Partner die Spielregeln des Weltmarkts mitgestalten können. Deswegen muss nachhaltige Industriepolitik ganz oben auf die europäische Tagesordnung und deutlich die sozialdemokratische Handschrift tragen.



Norbert Glante und Bernd Lange

Die Autoren:
 Bernd Lange: Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Energie und Forschung. Er ist Verfasser des parlamentarischen Berichts „Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ und industriepolitischer Experte der deutschen S&D-Delegation.

Norbert Glante: Mitglied im Ausschuss für Industrie, Energie und Forschung und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel. Norbert Glante ist energie- und forschungspolitischer Experte der deutschen S&D-Delegation und Vertreter des Europäischen Parlaments im interinstitutionellen Gremium für das EU-Infrastrukturprojekt Galileo.

Einleitung

Die in der EU ansässigen Industriebetriebe erzeugen etwa ein Drittel der EU-Bruttowertschöpfung, Industrieerzeugnisse machen beinahe 75 Prozent der europäischen Exporte aus, und knapp ein Drittel aller Arbeitsplätze sind dem industriellen Bereich zuzurechnen. Wenn dazu noch der Multiplikatoreffekt berücksichtigt wird, wonach ein Arbeitsplatz in der Industrie etwa zwei zusätzliche Arbeitsplätze im dazugehörigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereich schafft, hat die Industrie für den Arbeitsmarkt sogar eine noch größere Bedeutung.

Nichtsdestotrotz wurde die Industriepolitik auf EU-Ebene lange als rückwärtsgewandt begriffen. Verschiedene Gründe können dafür angeführt werden:

Die Industriepolitik hat keine Vergemeinschaftung erfahren, sondern sah sich häufig von den Wirtschaftsbereichen Dienstleistungen und Finanzen in den Hintergrund gedrängt. Zudem unterlag sie der Vorstellung, die Märkte sollten sich selbst regulieren. Daraus resultiert, dass die Industriepolitik von den Mitgliedstaaten in rein nationalem Interesse betrieben wird und die europäischen Industriekulturen im Wettbewerb zueinander stehen. Hinzu kommt, dass die Industriepolitik in den Mitgliedsländern durch stark divergierende Praktiken gekennzeichnet ist. Von starkem Protektionismus, einer reinen Ausgestaltung des Ordnungsrahmens bis hin zu einem ausgeprägten Laissez-faire-Verhalten sind alle Tendenzen vertreten.

So wurde die Industriepolitik auf EU-Ebene im letzten Jahrzehnt hauptsächlich durch wenige Einzelmaßnahmen geprägt, ohne dass eine umfassende Strategie und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten vorhanden war.

Da diese vereinzelt Initiativen bis zu zehn Generaldirektionen der EU-Kommission involvierten, handelte es sich dabei häufig um nicht aufeinander abgestimmte Maßnahmen, welche gegenläufige Entscheidungen und Gesetzgebungsvorschläge mit sich brachten.

Die schwere Finanz- und Schuldenkrise hat die zentrale Bedeutung der Industrie mit ihrer Wertschöpfung für die EU-Wirtschaft deutlich gemacht. Sie hat zudem nachdrücklich bewiesen, dass der dominante Finanzmarktkapitalismus als Steuerungsmethode für die industrielle Entwicklung in Europa absolut ungeeignet ist.

Die derzeitige Industriepolitik gibt keine angemessenen Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen – koordinierte und allumfassende Maßnahmen sind nötig, um die Industrie in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten zu stärken. Die EU muss jetzt die Möglichkeiten der Gemeinschaft zu einer nachhaltigen Erneuerung und Weiterentwicklung der industriellen Basis einschließlich der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze nutzen. Die europäische Industrie sollte ihre Führungsposition in den Schlüsselsektoren behaupten und nicht ins Mittelfeld abrutschen. Es ist Zeit, dass die EU sicherstellt, dass die Wertschöpfung innerhalb der Gemeinschaft erfolgt. Dass gemeinschaftliches Handeln im Bereich der Industriepolitik möglich ist und von Erfolg gekrönt sein kann, beweist ein Blick auf die Anfänge der europäischen Integration: Die Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlpolitik ist ein Musterbeispiel integrationsfördernder und sozialpartnerschaftlicher Natur, die der EU zugleich zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung verholfen hat.

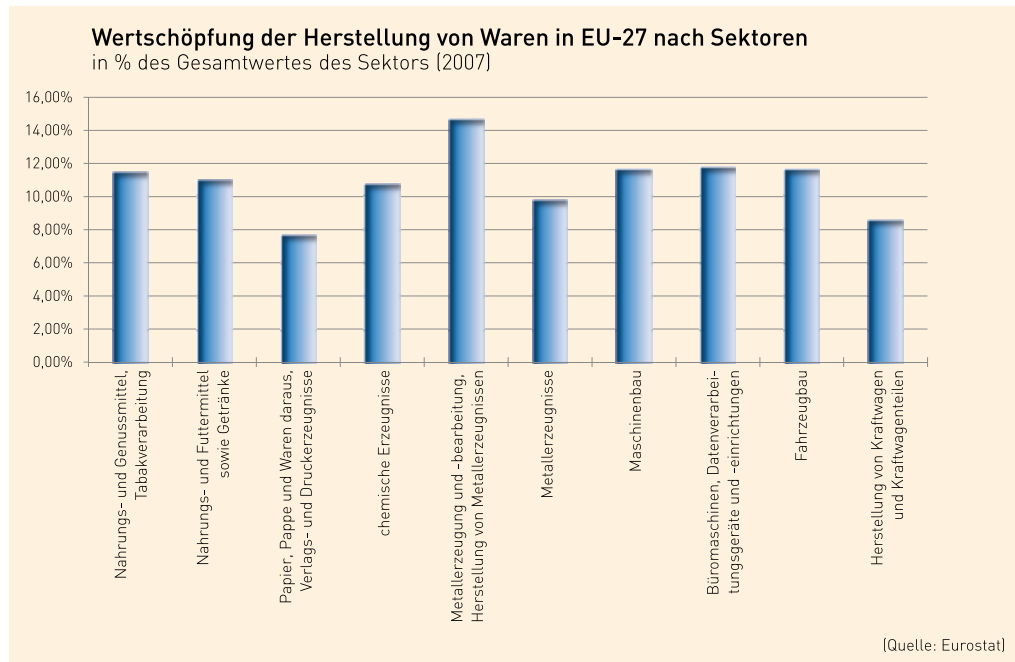
Herausforderungen an eine EU-Industriepolitik

Gegenwärtig befindet sich die europäische Industrie in einer Phase der Umorientierung und Umstrukturierung, die durch mehrere, einander verstärkende Herausforderungen bedingt werden.

Ein globaler Markt

Eine erste Herausforderung für die europäische Industrie besteht darin, globale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und auch zu erhalten. Europa ist kein isolierter, abgegrenzter Markt, auf dem selbstbestimmte Spielregeln gelten. Europäische Unternehmen werden vermehrt von der sich stetig beschleunigenden Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst. Industrie- und Entwicklungsländer unterliegen einem rapiden Wandel und sehen sich einem immer schärfer werdenden Wettbewerb ausgesetzt. Die sich verändernden Anforderungen des Weltmarkts bieten den Unternehmen neue Möglichkeiten, erfordern gleichzeitig aber auch ihre Umorientierung und Neuausrichtung. Der Globalisierungsdruck wird zudem durch die neue internationale Arbeitsteilung mit schnell wachsenden Volkswirtschaften wie China, Indien, Brasilien und Russland verstärkt. Die Industrie in der EU ist gut aufgestellt und nimmt hinsichtlich ihrer starken Leistungsfähigkeit in vielen Fällen eine Spitzenposition ein. Die

sich ausdehnende industrielle Basis in den Schwellenländern sowie das Einkauf von Staatsfonds und Unternehmen in Europa von Seiten dieser Staaten stellt die internationale Führungsposition der europäischen Industrie allerdings zunehmend in Frage. Insbesondere die größten Wettbewerber der EU wie die USA, Japan und China verfolgen eine aktive und starke Industriepolitik, die durch breite Investitionen in fortschrittliche Produkte und Dienstleistungen Unterstützung erhält. Die laufenden Veränderungen in der Wirtschaft erfordern verantwortungsvolle Umstrukturierungsmaßnahmen und Perspektiven seitens der EU, die dafür Sorge tragen, dass das europäische Wettbewerbsniveau gehalten und weiter ausgebaut werden kann. Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft sowie die Nutzung einer wissensbasierten Gesellschaft sind dabei von großer Bedeutung.



Die Ressourcen werden knapp

Die zweite Herausforderung besteht im Bereich der Rohstoff- und Energiepolitik. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist für die Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Industrie von zentraler Bedeutung.

Der Handel mit Rohstoffen im Jahr 2010		
	Rohstoffe insgesamt	Rohstoffe außer Energie
EU-Importe 2010	528 Milliarden Euro	142 Milliarden Euro
EU-Exporte 2010	181 Milliarden Euro	100 Milliarden Euro
Rohstoffimporte in die EU stellen ein Drittel aller EU-Importe		

(Quelle: Eurostat)

In einigen Mitgliedstaaten sind Mülldeponien nahezu verschwunden, in anderen landen weiterhin mehr als 90 Prozent des Abfalls auf Müllhalden. Dies ist nicht hinnehmbar. Recyclingraten von wenigen Prozent bei seltenen Metallen weisen allerdings darauf hin, dass der Umgang mit Rohstoffen diesem Bedürfnis nicht gerecht wird. Zurückgehende Rohstoffvorräte bei steigender Nachfrage führen dazu, dass Energie der Industrie nicht mehr ohne Weiteres zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung steht. Nur eine Industrie, in der vermehrt kohlenstofffreie und ressourcenschonende Produktionsweisen angewendet werden, kann diesen Herausforderungen angemessen und erfolgreich begegnen. Die starke Interdependenz zwischen Energie- und Industriepolitik verdeutlicht, welchen hohen Stellenwert eine langfristig ausgerichtete Energiepolitik für die europäische Industrie hat. Diese muss sowohl Energieversorgungssicherheit, Energieeffizienz und erschwingliche Energiepreise gewährleisten als auch Rechtssicherheit, stabile Rahmenbedingungen und angemessene Investitionen zur Verfügung stellen. Nur durch den Übergang zu einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung kann Klimawandel und Wasserknappheit entgegengetreten, der Einsatz erneuerbarer Energien gefördert und die Versorgung mit Rohstoffen sichergestellt werden. Angesichts der weltweit voranschreitenden Ressourcenknappheit muss ein verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen fester Bestandteil einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten EU-Industriepolitik sein.

Soziale Verantwortung und Teilhabe stärken

Bei aller Sorge um Wettbewerbsfähigkeit und Ressourcenknappheit darf die soziale Dimension einer europäischen Industriepolitik nicht vernachlässigt werden. Infolge der voranschreitenden Globalisierung und des Wettbewerbsdrucks aus Billiglohnländern haben viele Betriebe ihre Fertigungsstätten aus der EU dorthin verlagert.

Der europäische soziale Dialog muss alle Interessensträger und insbesondere Gewerkschaften und Sozialpartner einbeziehen, um die durch die Globalisierung verursachten strukturellen Veränderungen zu bewältigen und zur Gestaltung einer ressourcen- und energieeffizienten Wirtschaft beizutragen. Damit die EU sich jenen Bestrebungen widersetzen kann, die den sozialen Zusammenhalt bedrohen, muss insbesondere die europäische Übernahmerrichtlinie überarbeitet werden. Die EU sollte die Möglichkeit haben, sich Übernahmeangeboten von Firmen zu widersetzen, die nicht sozial verantwortlich handeln und/oder nicht die Grundsätze der verantwortlichen Unternehmensführung einhalten. Im Einklang mit den eingegangenen internationalen Verpflichtungen sollte Übernahmeangeboten in allen Sektoren entgegengewirkt werden, denen die EU strategische Bedeutung beimisst. Die Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten müssen bei der Erneuerung der Industrie genutzt werden; daher sollte eine möglichst breite Beteiligung erfolgen, die über die Mindestregelungen hinausgeht. Erforderlich ist auch ein Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Tarifverträge, die zur Durchsetzbarkeit grenzüberschreitender Vereinbarungen beitragen.



Antworten durch eine neue Strategie: Europa 2020

Die europäische Industrie, die von den politischen Bemühungen und guten Rahmenbedingungen profitiert, sollte mehr Verantwortung für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa übernehmen. Sie sollte sich in Form von Selbstverpflichtungen deutlich zu Investitionen in Europa bekennen, die eigenen Forschungsanstrengungen verstetigen, einen Beitrag zu einer neuen Kultur der Qualifikation leisten, noch mehr nachhaltige Produkt- und Prozessinnovationen entwickeln und – wann immer möglich – strategische Partnerschaften in Europa eingehen.

Die internationale Handelspolitik muss ebenfalls als wesentliches Element für die soziale Entwicklung der Industrie in der EU anerkannt werden. Im Zusammenhang mit bilateralen

und multilateralen Abkommen mit Drittländern ist die EU gehalten, den Grundsatz der Gegenseitigkeit für ihre Unternehmen sicherzustellen, um die bestehende Bedrohung unlauterer Praktiken für die europäischen Industriezweige zu verhindern und grundlegende Rechte der Arbeitnehmer zu wahren. Des Weiteren ist eine verpflichtende Festschreibung der sozialen Verantwortung von Unternehmen in Handelsabkommen notwendig, da diese für europäische Investoren als Garantie gegen Sozialdumping fungiert. Die Einführung von Systemen zur Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen (SVU) würde sicherstellen, dass die soziale und nachhaltige Entwicklung außerhalb der EU unterstützt wird.

Angestoßen durch die Finanzkrise und durch die Aufarbeitung der Lissabonstrategie (Strategie aus dem Jahr 2000 mit dem Ziel die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen) hat die EU-Kommission ein neues Konzept für die Jahre bis 2020 vorgeschlagen, die auch den Weg für eine Neuausrichtung der EU-Industriepolitik ebnet: die Europa 2020-Strategie. Diese umfasst drei Komponenten: intelligentes Wachstum (Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft), nachhaltiges Wachstum (Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft) und integratives Wachstum (Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt).

In der Europa 2020-Strategie wird zum ersten Mal die Bedeutung eines starken industriellen Sektors für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa und die Notwendigkeit eines neuartigen Ansatzes anerkannt. Das Europäische Parlament hat 2010 mit großer Mehrheit einem entsprechenden Bericht zur

Zukunft der europäischen Industriepolitik zugestimmt.

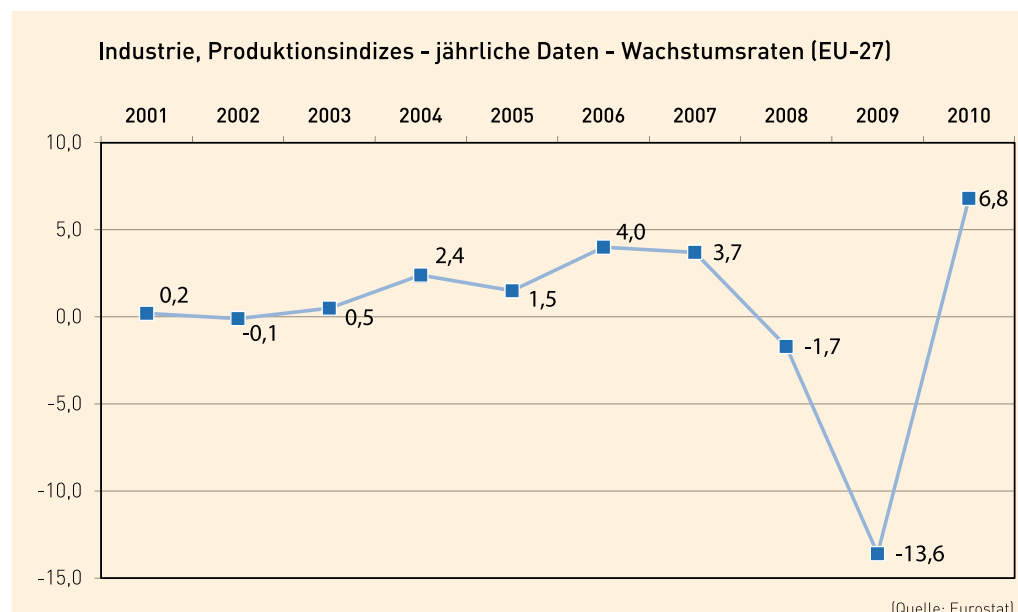
Innerhalb der Europa 2020-Strategie nimmt die Industriepolitik eine herausgehobene Stellung ein: Sie ist eine der insgesamt sieben Leitinitiativen (Flagship-Initiativen, siehe Kasten), mit Hilfe derer sich die EU in den kommenden Jahren den globalen Herausforderungen stellen wird.

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung

Die Leitinitiative der Kommission „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“ unterstreicht die Bedeutung nachhaltigen Wachstums der in der EU ansässigen Industriebetriebe. Ihre Kernbotschaft lautet: die Industrie muss die Hauptrolle spielen, wenn Europa eine weltweite Wirtschaftsmacht bleiben soll. Erreicht werden soll dies durch den Erhalt und die Unterstützung einer kräftigen, diversifizierten und wettbewerbsfähigen industriellen Basis

in Europa, die gut bezahlte Arbeitsplätze bietet und gleichzeitig weniger CO₂ erzeugt.

Dazu bedarf es ganz offensichtlich einer stärkeren, besser abgestimmten EU-Politik für Leitmärkte. Zur Verstetigung von Leitmärkten ist z.B. eine langfristige Kam-



Europa 2020-Flagship-Initiativen (Leitinitiativen)

1. Innovationsunion
2. Ressourceneffizientes Europa
3. Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung
4. Eine digitale Agenda für Europa
5. Jugend in Bewegung
6. Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten
7. Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut



pagne zu nachhaltigem Konsum in der EU sinnvoll, um Sensibilisierung und Verhaltensänderungen sowie neue innovative Produkte und Konzepte zu unterstützen. Zudem verlangt es nach einer vollständigen Realisierung des Binnenmarkts, da dieser ein erhebliches Potenzial für die Leistungsfähigkeit der europäischen Industrie birgt. Dies setzt allerdings den zügigen Abbau bestehender Hemmnisse und Barrieren in den Mitgliedstaaten voraus. Eine weitere zügige Entwicklung muss darin bestehen, ein Gemeinschaftspatent einzuführen, welches die Rahmenbedingungen für gewerbliche Schutzrechte verbessert. Zudem ist eine Stärkung des europäischen Normungssystems mit Vereinfachung, Transparenz, Kostensenkung und Einbindung der Interessenträger zwingend notwendig, um die technologische Führungsposition Europas zu sichern. Die bestehenden regionalen Unterschiede in der industriellen Entwicklung auf EU-Ebene bilden eine Tatsache, die ebenfalls in der neuen nachhaltigen Industriepolitik Eingang finden muss. Deshalb gehört zu einer europäischen Industriepolitik u.a. auch die rasche Umsetzung des „Small Business Act“* mit der Durchführung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der europäischen kleinen und mittelständischen Unternehmen (gleiche Ausgangsbedingungen, verbesserter Zugang zu Möglichkeiten der Finanzierung, Entwicklung von Beratungsangeboten und Überprüfung der EU-Definition für kleine und mittlere Betriebe).

Weitere Investitionen in den Arbeitskräftebestand der europäischen Industrie sind nötig, wobei der Schwerpunkt vor allem auf den branchenbezogenen sozialen Dialog zur Bewältigung der durch die Globalisierung verursachten strukturellen Veränderungen und

auf die Förderung einer ressourcen- und energieeffizienten Wirtschaft gelegt werden muss. Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgt für eine Verbesserung der Qualität und kann einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Verlauf der Erneuerung vorbeugen.

Engmaschige Sicherheitsnetze sind für die industrielle Entwicklung und die Bewältigung struktureller Veränderungen von entscheidender Bedeutung.

Arbeitnehmern und Betrieben, die von Umstrukturierung aufgrund von Strukturwandel oder Auswirkungen der Globalisierung betroffen sind, sollte durch ehrgeizige Umschulungsprogramme, die auf eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt abzielen, eine Perspektive aufgezeigt werden. Dies könnte durch die Schaffung einer Umstrukturierungs-Task-Force erreicht werden, der alle beteiligten Seiten angehören, vor allem Vertreter der Arbeitnehmer, die die Umstrukturierungsprozesse überwacht und für eine reibungslose Umgestaltung der Wirtschaft sorgt. Auch eine stärkere Einbeziehung der europäischen Strukturfonds muss beachtet werden, damit für Arbeitnehmer und Betriebe eine neue Perspektive eröffnet wird.

Ressourceneffizientes Europa

Auch die Leitinitiative „Ressourceneffizientes Europa“ steht in direktem Zusammenhang mit europäischer Industriepolitik. Sie ist das Herzstück europäischer Politik zur Wachstumsförderung und Arbeitsmarktbelebung und wird sowohl vom EU-Ministerrat als auch vom EU-

Parlament unterstützt. Die europäische und die globale Wirtschaft sowie die Lebensqualität der EU-Bürger hängen von natürlichen Ressourcen ab, auf die ein immer stärkerer Druck ausgeübt wird. Die Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller entwickelt als die Produktivität der Ressourcen (Energie und Material). Es wird geschätzt, dass in der Industrie die Arbeitskosten etwa 20 Prozent und die Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Materialien 40 Prozent ausmachen. Angesichts dieser Entwicklung ist das Ziel eindeutig: Das Wirtschaftswachstum kann und sollte von einem erhöhten Ressourceneinsatz abgekoppelt werden.

Die Leitinitiative muss die Grundlage bilden, die die Umstellung auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft erleichtert. Rechtssicherheit, stabile Rahmenbedingungen, angemessene Investitionen und eine weitere Harmonisierung des Energiebin-

nenmarkts spielen eine wichtige Rolle bei der Verringerung der CO₂-Emissionen bei Energieerzeugung und Versorgung sowie hinsichtlich der Senkung der Kosten für die Industrie. Auch die energieintensiven Industriebetriebe wie z.B. Zement-, Aluminium- und Stahlunternehmen sind hiervon betroffen. Die Unabhängigkeit von externen Energiemärkten und die Stärkung der europäischen Lieferanten erneuerbarer Energien müssen ebenfalls als wichtige Bausteine einer effizienteren Energienutzung betrachtet werden. Die Infrastruktur für ein auf erneuerbare Energien ausgerichtetes Energienetz muss zügig ausgebaut werden. Die Einführung intelligenter Netze und Stromzähler benötigt eine Unterstützung durch Mittel der Europäischen Investitionsbank.

Es bedarf nun in einem nächsten Schritt einer einheitlichen Regelung über Ressourcenproduktivität und -effizienz, welche die Entwicklung klarer Ziele, Normen, Indikatoren, Anreize sowie die Verbreitung bewährter Verfahren





Norbert Glante in einem Elektroauto

und KMU-freundlicher Standards beinhaltet. Die Einführung eines Unternehmensnachhaltigkeitsberichts ist darüber hinaus ein sinnvolles Instrument der Zielbewertung.

Ein ressourcenschonendes Europa kann nur mit technologischen Verbesserungen, einem grundlegenden Umbau der Energie-, Industrie-, Landwirtschafts- und Verkehrssysteme und mit einer Verhaltensänderung bei Herstellern und Verbrauchern erreicht werden. Nur ein langfristig angelegter strategischer Rahmen kann Unternehmen und Investoren einen klaren Weg aufzeigen und die nötige Sicherheit bieten, bereits heute Investitionen zu tätigen. Positiv festzuhalten ist, dass eine deutliche Steigerung der Ressourcenproduktivität und -effizienz, Wiederverwendung und Recycling bereits jetzt die globale Wettbewerbsposition der europäischen Industrie gestärkt haben.

Die Green-Cars-Initiative

Die Förderung nachhaltiger Mobilität wird mit einem neuen Ansatz in der Green-Cars-Initiative 2010-2013 angepackt. In einem integrierten Ansatz von der Grundlagenforschung bis hin zur Markteinführung gibt es eine abgestimmte Stimulierung der sicheren, effizienten und umweltfreundlichen Mobilität. Das gilt insbesondere für die Elektromobilität und der dazu benötigten Technologien und Infrastrukturen. Neu ist auch die gemeinsame Umsetzung mit allen thematisch befassten Generaldirektionen (Forschung, Information und Medien, Transport, Energie, Umwelt und Unternehmen) als öffentlich-private Partnerschaften (PPP). Die Green-Cars-Initiative hat ein Budget von einer Milliarde Euro, bestehend aus 500 Millionen Euro EU-Fördermittel aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) und 500 Millionen Euro, die durch Mitgliedstaaten und Industrie ergänzt werden. Die Europäische Investitionsbank (EIB) finanziert darüber hinaus mit vier Milliarden Euro Innovationen in diesem Bereich. Die Green-Cars-Initiative wird begleitet durch eine Beratungsplattform. Als ein Ergebnis der Ausschreibung für 2011 hat die Europäische Kommission z.B. ein Projekt „Green eMotion“ zur Förderung der Elektromobilität genehmigt. In ausgewählten europäischen Modellregionen sollen die 42 Partner aus Industrieunternehmen, Stromversorgern, Automobilherstellern, Stadtverwaltungen, Universitäten und Forschungseinrichtungen ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen, austauschen und erweitern.

Innovationsunion

Die Leitinitiative zur Schaffung einer Innovationsunion steht im absoluten Mittelpunkt der Europa 2020-Strategie und in direktem Zusammenhang mit der Neuausrichtung europäischer Industriepolitik.

Die Entwicklung hin zu einer weltweiten Wissensgesellschaft lassen Innovationen und Forschung als Triebkraft für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stärker werden als physisches Kapital und manuelle Tätigkeiten. Innovationen sind deswegen als Hauptantriebskraft der industriellen Wirklichkeit anzusehen. Die laufenden Veränderungen in der Wirtschaft erfordern verantwortungsvolle Umstrukturierungsmaßnahmen und Perspektiven für Arbeiter und Facharbeiter mit hauptsächlich manuellen Fertigkeiten und einer Fachausbildung; ihre Beschäftigung muss Priorität haben.

Dabei fehlt es Europa nicht an Innovationspotenzial: Viele bahnbrechenden Innovationen haben hier ihren Ursprung. Diese können allerdings noch erheblich gesteigert werden. Die europäische Wissensbasis ist im Vergleich zu den USA und Japan unterfinanziert. Zudem sind die Rahmenbedingungen der Innovationsunion in Europa unzureichend und werden durch einen schwierigen Zugang zu Finanzierungsmitteln, langsam voranschreitende Normung und hohe Kosten für die Rechte an geistigem Eigentum geprägt.

Wenn Europa so weitermacht wie bisher, setzt es seine Wettbewerbsvorteile aufs Spiel. Deswegen ist schnelles Handeln unabdingbar. Innovation muss die gesamte Kette umfassen:

Produkte, Produktionssysteme, Dienstleistungen, Qualifizierung, Abläufe, Organisation, Qualität, Management, Verbreitung und Schutz. Aus diesem Grund darf Innovationspolitik nicht länger allein vom Produkt, sondern sollte auch von Bedarf und Nutzung abgeleitet werden, um spürbare Vorteile für Verbraucher, Unternehmen und die ganze Gesellschaft zu erzielen. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen das gesamte Ökosystem der Innovation neu bewerten, um unnötige Hemmnisse zu beseitigen. Es gilt, ein einfach zugängliches System zur Beschleunigung der Innovation einzurichten sowie Fragmentierung und Bürokratie entschlossen zu verringern. In der Umsetzung dieser Europa 2020-Leitinitiative müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ein geeignetes Umfeld schaffen, damit Unternehmen in Forschung und Entwicklung (FuE) so-



Mondmobil der ESA

Bessere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Entfaltung industrieller Aktivität

wie in Innovationen investieren. Insbesondere die Festlegung von Benchmarks, Standards und produktbezogene Regelungen wie beispielsweise die Ökodesign-Richtlinie aus dem Jahr 2009 haben sich als starke Antriebskraft für die Förderung von Innovationen und die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in verschiedenen Industriesektoren erwiesen.

Auch die übrigen Leitinitiativen wie „Eine di-

FuE als Triebkräfte für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa

Die wichtigsten in Forschung und Entwicklung investierenden Unternehmen mit Sitz in der EU gehen davon aus, dass ihre weltweiten Investitionen in FuE von 2011 bis 2013 jährlich um 5 Prozent steigen werden, und zwar 75 Prozent davon innerhalb der EU. Etwa ein Viertel der kommerzialisierten Produkte sind Innovationen – also in den vergangenen drei Jahren eingeführte Produkte. Das zeigt, dass Innovation der Schlüssel zu kommerziellem Erfolg und zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist.

FuE-Investitionen in anderen Regionen der Welt

Der größte prozentuale Zuwachs bei FuE-Investitionen wird in China (25 Prozent), Japan (17 Prozent), europäischen Drittländern (8 Prozent) und Indien (8 Prozent) erwartet.

Quelle: EU Survey on R&D Investment Business Trends

gitale Agenda für Europa“ nehmen direkt Einfluss auf die Gestaltung europäischer Industriepolitik. Gerade im Wachstumsmarkt Internet liegen Wertschöpfungspotenziale für die europäische Industrie, die durch günstige Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden müssen. Auch die gesamte Kreativindustrie, die 2,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU erwirtschaftet, baut in den Bereichen Design, Videospiele, Film und Musik mehr und mehr auf die Nutzung digitaler Medien.

Die digitale Gesellschaft ist längst keine Zukunftsvision mehr. Die EU muss hier angemessene Antworten geben.

Eine an die gesellschaftlichen Entwicklungen angepasste Revision des europäischen Urheberrechts ist dabei ein wichtiger Schritt, der die Entwicklung der Kreativbranche als wichtiger Industriezweig in der EU maßgeblich beeinflussen kann.

KMU als Rückgrat europäischer Wirtschaftskraft stärken

EU-weit gibt es ca. 23 Millionen KMU. Somit sind 99 Prozent aller europäischen Unternehmen KMU. Sie stehen für 75 Millionen Arbeitsplätze, was zwei von drei Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft entspricht, und ihnen verdanken wir über die Hälfte der gesamten Wertschöpfung aller Unternehmen in der EU. Der Mittelstand ist das echte Rückgrat der europäischen Wirtschaft; er schafft Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum und spielt eine Schlüsselrolle in den Bereichen Innovation, Forschung und Entwicklung.

Das Europäische Programm für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (CIP) wurde 2007 eingeführt und ist das Kernstück industriepolitischer Strategie für die europäischen KMU. Es unterstützt innovative Aktivitäten, indem es für einen besseren Zugang zur Finanzierung sorgt und bietet regional Unterstützungsdienste für Unternehmen an. Für die nächste mehrjährige Finanzperiode ab 2014 hat sich das Europäische Parlament klar dafür ausgesprochen, CIP als erfolgreiches Instrument, das einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Europa 2020-Strategieziele leistet, fortzuführen und mit ausreichenden Mitteln auszustatten.

Der Small Business Act vom Juni 2008 schafft einen abgestimmten Rahmen für die EU und ihre Mitgliedstaaten für den europäischen Mit-

telstand. Er ist darüber hinaus ein klares Bekenntnis zur zentralen Rolle der KMU für die europäische Wirtschaft. Er befasst sich mit der Erarbeitung und Umsetzung von Politiken auf EU- und auf nationaler Ebene, um faire Ausgangsbedingungen für den Wettbewerb in der EU zu schaffen und das bürokratische und gesetzgeberische Umfeld mittelstandsfreundlich zu gestalten.

Auch was die Exportorientierung angeht besteht bei den KMU noch großes Potenzial, das es auszuschöpfen gilt: 25 Prozent der europäischen KMU exportieren in die EU, aber nur 13 Prozent in Drittstaaten. Wir müssen ihre Rolle im internationalen Kontext gezielt stärken. Großunternehmen haben in der Regel die Kapazitäten, eine größere Bandbreite an Informationsquellen als KMU zu nutzen. Daher bedürfen KMU einer koordinierten Unterstützung bei Exportaktivitäten außerhalb der EU. Der erhebliche Aufwand aufgrund komplexer Abwicklungsverfahren durch beispielsweise Einfuhrzollbestimmungen und Zulassungsverfahren für bestimmte Erzeugnisse ist für KMU hingegen vielfach ein Hinderungsgrund für mögliche Exportgeschäfte. Wir müssen sicherstellen, dass die KMU einfacher Zugang zu allen unterstützenden Dienstleistungen erhalten, um an Märkten außerhalb der EU teilnehmen zu können.

CIP: Programm für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Mit dem Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Europa ist CIP das Kernstück industriepolitischer Strategie für europäische KMU. Es unterstützt mit 3,621 Milliarden Euro über den Zeitraum 2007-2013 innovative Aktivitäten und sorgt insbesondere für einen besseren Zugang zur Finanzierung. Auf regionaler Ebene bietet CIP Unterstützungsdienste für Unternehmen an. CIP fördert beispielsweise die Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien oder auch von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. CIP hat drei operationelle Programme:

- Programm „Unternehmerische Initiative und Innovation“ (EIP)
- Programm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm)
- Programm „Intelligente Energie – Europa“ (IEE)

Ein industrieorientierter Ansatz in der europäischen Forschung

Wenn in der jüngeren Vergangenheit europäische Forschungspolitik neben der universitären Grundlagenforschung nur auf wenige EU-politisch relevante Bereiche wie Energie und Gesundheit abzielte, so liegt spätestens mit der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 und insbesondere der Europa 2020-Strategie ihr Fokus eindeutig auf industrieller Wettbewerbsfähigkeit.

Mit einem Haushalt von 54 Milliarden Euro für die laufende Förderperiode 2007-2013 hat die EU das größte Forschungsförderprogramm weltweit. Die EU fördert heute Forschungsaktivitäten in so weit gefächerten Bereichen wie Gesundheit, Biotechnologie, Informations- und Telekommunikationstechnologie (IKT),

Nanowissenschaften, Energie, Umwelt, Verkehr, Sicherheit und Weltraum. Die Förderung der reinen Grundlagenforschung als Basis für zukünftige technologische Entwicklungen ist fester Bestandteil europäischer Forschungspolitik.

Europäische öffentliche Gelder haben zudem eine wichtige Hebelwirkung auf die Beteiligung durch den privaten Sektor, die durch öffentlich-private Partnerschaften (PPP) noch verstärkt wird. Unternehmen sind durch ihre Nähe zum Markt diejenigen, die Forschungsergebnisse gezielt umsetzen können und innovative Lösungen entwickeln.

Gerade im fortgeschrittenen Stadium der Innovationskette, wenn es darum geht, vielversprechende Ergebnisse aus der Grundlagen- oder angewandten Forschung weiter in

technologisch neuartige Verfahren umzusetzen, laufen viele Projekte Gefahr, im so genannten „Valley of death“ zu enden.

In der Medizinforschung, aber auch bei den regenerativen Energien ist dies allzu oft der Fall. Zur Überbrückung dieser sensiblen Phase stellt die EU seit 2008 die Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF) bereit: Sie deckt Risiken für Kredite, die die Europäische Investitionsbank (EIB) vergibt und hat sich seit ihrer Einführung als Erfolgsmodell erwiesen. Insgesamt wurden bereits 10 Milliarden Euro an Darlehen für innovative Projekte vergeben.

Mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) hat die EU zudem ein spezifisches Finanzierungsinstrument speziell für kleine und mittelständische Unternehmen.

Gemeinsame Technologieinitiativen JTI

- Arzneimittel (Innovative Medicines Initiative - IMI)
- Nanoelektronik (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council - ENIAC)
- Eingebettete Datenverarbeitungssysteme (Advanced Research and Technology for Embedded Intelligence Systems - ARTEMIS)
- Luftfahrt- und Luftverkehrsmanagement (Clean Sky)
- Brennstoffzellen und Wasserstoff (Fuel Cells and Hydrogen - FCH)

Besondere Merkmale

- Bedeutend für die Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der Industrie
- Anerkannter Mehrwert des Handelns auf europäischer Ebene
- Ziel und zu liefernde Ergebnisse sind klar definiert
- Bereitschaft der Industrie, Finanzmittel und Ressourcen bereitzustellen
- Bedeutender Beitrag zu allgemeinen EU-politischen Zielen und Nutzen für Bürgerinnen und Bürger
- Hebelwirkung für künftige Finanzierung durch die Industrie





Für bedeutende Schlüsselbranchen wie die IKT, Umwelttechnologien und nachhaltige Energieversorgung gibt es die gemeinsamen Technologieinitiativen JTI als langfristig angelegte öffentlich-private Partnerschaften mit dem Ziel einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit.

Der SET-Plan (Strategic Energy Technology-Plan) als Beispiel für eine gezielte Maßnahme zur Erreichung der Europa 2020-Ziele

Auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft hat die EU 2008 den SET-Plan entwickelt.

Europäische Energiepolitik mit folgenden Zielen bis 2020:

- Beschleunigte Entwicklung von Wissen und Technologietransfer,
- Führungsposition der EU-Industrie bei kohlenstoffarmen Energietechnologien,
- Förderung der Forschung zu Energieumwandlungstechnologien, um die Energie- und Klimaziele der Agenda 2020 zu erreichen,
- Beitrag zum weltweiten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 leisten.

Zur Unterstützung der europäischen Energietechnologiestrategie SET wurden für diese Initiativen insbesondere die Solar-, Wind- und Bioenergie, die unterirdische Speicherung von CO₂ und der Ausbau von intelligenten Stromnetzen thematisch für die privat-öffentlich geförderten Forschungsprojekte festgelegt.

Industrielle Forschung muss zum Ziel haben, beispielhafte Lösungen für die zukunftsfähige Produktion in Europa zu entwickeln und Forschungsergebnisse für die breite Anwendung, besonders für KMU, bereitzustellen. Nur so können Beschäftigung und Wohlstand in Europa langfristig gesichert werden.

Eine besonders wichtige Rolle spielen hierbei die sogenannten KETs (Key Enabling Technologies). Es handelt sich hierbei um jene kapitalintensiven, multidisziplinären Technologien, in denen die EU signifikante Wettbewerbsvorteile erzielen kann. KETs umfassen Bereiche wie Mikro- und Nanoelektronik, Halbleiter und neue Werkstoffe. Die erfolgreiche Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für diese Schlüsseltechnologien wird in Zukunft ausschlaggebend für die europäische Wettbewerbsfähigkeit sein.

Damit Europa zum Nährboden für Innovationen und technologische Führerschaft wird, brauchen wir einen geeigneten industriepolitischen Rahmen für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien und eine Strategie, aus der klar hervorgeht, in welche zukunftsfähigen Bereiche wir verstärkt investieren wollen. Die Stärkung von Partnerschaften zwischen Forschung und Industrie innerhalb der EU und auch in Form von internationalen Kooperationen, in Verbindung mit dem Einsatz von KET, ist die große Herausforderung für eine erfolgreich abgestimmte Industrie- und Forschungspolitik.

Die Ressourcen müssen hierfür effizient gebündelt werden. Die Einbindung der europäischen Strukturfonds zum Aufbau von Forschungsinfrastruktur wie der Modernisierung von Hochschulen wird daher auch in der nächsten Förderperiode eine zentrale Rolle spielen.

EU-Patent: verbesserter Schutz innovativer Ideen

Der Binnenmarkt birgt große Potenziale für die Leistungsfähigkeit der europäischen Industrie. Aus diesem Grund stehen die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten in der Pflicht, die noch bestehenden Hemmnisse und Barrieren zügig abzubauen.

Als eine dieser Barrieren für die Innovation in Europa gilt das derzeitige europäische Patentsystem, welches durch hohe Kosten und aufwendige Verfahren geprägt ist. Der Kommissionsvorschlag für ein einheitliches EU-Patent wird seit über einem Jahrzehnt diskutiert und scheiterte bislang im Ministerrat insbesondere an den Sprachenregelungen. Da keine Einstimmigkeit über die anzuwendende Übersetzungsregelung erzielt werden konnte, kam es im Dezember 2010 zu einem Vorschlag, der den Weg für die Genehmigung einer verstärkten Zusammenarbeit in diesem Bereich eröffnete. Nachdem das Europäische Parlament am 15. Februar 2011 seine Zustimmung gab, erließ der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ am 10. März 2011 den Ermächtigungsbefehl zur Begründung eines einheitlichen Patentschutzes in den Hoheitsgebieten der 25 teilnehmenden Mitgliedstaaten. Laut zwei Verordnungsvorschlägen der EU-Kommission vom 13. April 2011 im Rahmen der Binnenmarktakte würden die Kosten für ein europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung in 25 Mitgliedstaaten nach Ablauf eines Übergangszeitraums bis zu 80 Prozent reduziert werden. Es ist auch weiterhin unabdingbar, dass die EU sich verstärkt um die Erarbeitung eines einheitlichen Gemeinschaftspatents bemühen muss, welches einen kostengünstigen,

wirksamen und hochwertigen Rechtsschutz gewährleistet. Die Schaffung eines harmonisierten europäischen Systems der Streitbeilegung in Patentsachen ist ebenfalls vonnöten, um Rechtssicherheit zu fördern, Produktfälschung zu bekämpfen und Verwaltungslasten (vor allem für KMU) auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Reform der Normung zur Wahrung der technologischen Führungsposition

Um die Rahmenbedingungen für gewerbliche Schutzrechte zu verbessern, ist neben dem Gemeinschaftspatent auch eine Reform der Normung (insbesondere im IKT-Bereich) notwendig, sorgt sie doch für eine offene und transparente Normenentwicklung auf der Grundlage des Prinzips der Interoperabilität und damit für die Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Komparative Vorteile der Einhaltung hoher sozialer und ökologischer Standards müssen hervorgehoben und eine internationale Normung erreicht werden, um die europäische technologische Führungsposition sicherzustellen. Eine Stärkung des europäischen Normungssystems kann durch Maßnahmen zur Vereinfachung, Transparenz, Kostensenkung und Einbindung der Interessenträger erfolgen. Dabei muss den Besonderheiten der KMU und der handwerklichen Betriebe Rechnung getragen werden, insbesondere was eine Senkung der Kosten für den Zugang zu den Normen, die Verbreitung der Normen (durch die Veröffentlichung von Übersichten) oder die Bereitstellung finanzieller Unterstützung angeht. Zudem ist

es von großer Wichtigkeit, dass die nationalen Normungsgremien im Einklang mit dem Prinzip der „nationalen Delegation“ bei der Förderung und Verstärkung maßgeblich für die Beteiligung von KMU sind.

Öffentliche Auftragsvergabe: entscheidender Impuls für neue Märkte

Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein wichtiges Instrument zur Förderung von Innovation. Sie hat einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der EU von 17 Prozent und kann daher als eine wichtige Triebkraft für die Industrie bezeichnet werden. Dies ist allerdings nur dann der Fall, wenn die Leitlinien für die Auftragsvergabe Parameter enthalten, die Faktoren wie Ressourcen- und Energieeffizienz, Umweltfolgen, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit, Liefernähe des Anbieters, Sicherheit am Arbeitsplatz usw. berücksichtigen. Konkurrenten wie China und die USA haben bereits ehrgeizige Zielvorgaben für die Beschaffung innovativer und ökologischer Produkte gesetzt. Ebenso sollte die EU alle Möglichkeiten, die sich durch die europäische Vergaberichtlinie eröffnen, konsequent und auf allen Ebenen (EU, Mitgliedstaat, regional und lokal) nutzen.

Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU-Kommission müssen sich dafür einsetzen, die nationalen und europaweiten Vorschriften über die Auftragsvergabe mit Vorschriften bezüglich Transparenz, Fairness und Nichtdiskriminierung zu vereinfachen und zu verbessern. Um faire Bedingungen für europäische Unternehmen im internationalen

Wettbewerb zu garantieren, muss zudem seitens der EU-Kommission sichergestellt werden, dass die Gegenseitigkeit beim Zugang zu ausländischen Märkten des öffentlichen Beschaffungswesens gewährleistet wird. Die vorkommerzielle öffentliche Auftragsvergabe gibt neuen Märkten für innovative und grüne Technologien entscheidende Impulse und trägt gleichzeitig zur Verbesserung der Qualität und der Effizienz öffentlicher Dienste bei. Daher müssen öffentliche Stellen besser über bestehende Möglichkeiten im Bereich der vorkommerziellen Auftragsvergabe informiert werden.

Die im Januar anstehende Revision der Vergaberichtlinie, deren Schwerpunkt auf Vereinfachung der Verfahren, Marktzugang für KMU und Innovation im Sinne der Europa 2020-Strategie liegen wird, ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der industriepolitischen Rahmenbedingungen.

Qualifikation als Standortvorteil

Aufgrund der Umstrukturierungsprozesse der europäischen Industrie ergibt sich ein erhöhter Bedarf an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Zudem herrscht im Bereich der Industrie ein deutliches Defizit an weiblichen Arbeitskräften: Frauen stellen lediglich 18 Prozent der Ingenieure und Forscher in den Unternehmen der Union und sieben Prozent der Inhaber von Patenten. Dass sie in der privaten FuE weitgehend abwesend sind, hat die Europäische Kommission bereits 2003 in ihrem Bericht „Frauen in der Industrieforschung: Die europäische Industrie muss auf-

wachen“ festgehalten. Bis heute hat sich daran wenig geändert. Die EU kann es sich nicht leisten, auf Frauen in Schlüsselpositionen der Industrie zu verzichten und muss Rahmenbedingungen schaffen, die jegliche geschlechtsspezifische Barrieren zügig abschaffen.

Damit Qualifikationsdefizite behoben werden können, müssen insbesondere mehr Investitionen in Bildung und Fortbildung getätigt werden. Allerdings kommt es hierbei besonders auf eine Koordinierung der Maßnahmen an, da die Handlungs- und Rechtssetzungsmöglichkeiten der EU begrenzt sind. Dazu gehören unter anderem abgestimmte und zielgenaue Weiterqualifizierungen unter stärkerer Nutzung eines erweiterten Europäischen Sozialfonds (ESF). Ein institutionalisierter Dialog zwischen den zuständigen Behörden und Sozialpartnern, der dafür Sorge trägt, dass Lehrpläne erneuert und erfolgreiche Wege für den Übergang von der Schule zum Arbeitsmarkt konzipiert werden, ist im Rahmen angemessener Qualifizierungsmaßnahmen ebenfalls

von großer Bedeutung. Des Weiteren können die Förderung von Programmen der individuellen Mobilität wie „Erasmus für Jungunternehmer“ und „Erasmus für Auszubildende“ sowie europäisch abgestimmte Initiativen zur Stärkung der STEM-Bildung (STEM = science, technology, engineering and mathematics) einen großen Teil zur Förderung der Qualifikation in der EU beitragen. Die Öffnung und Modernisierung der Hochschulen in der EU für Weiterqualifizierungen im Fachkräftebereich und entsprechende Mobilitätsmöglichkeiten sowie die europaweite Stärkung des berufspraktischen Lernens für eine bessere Verknüpfung der Berufsbildungssysteme mit dem Arbeitsmarkt müssen ebenfalls als wichtige Aspekte zur Qualifikationssteigerung anerkannt werden. Eine entscheidende Voraussetzung für Gleichstellung, Solidarität, aber auch Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten wirtschaftlicher Belastungen bildet zudem die europaweite Verankerung des individuellen Rechts auf lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.



Sozialdemokratische Strategie für eine integrierte und nachhaltige EU-Industriepolitik

Unsere Position in 10 Punkten

1. eine Abstimmung der relevanten EU-Politiken im Sinne einer sektorspezifischen und zugleich integrierten, sozial verträglichen EU-Industriepolitik
2. den Aufbau einer Innovationsunion: Nährboden für Forschungsaktivitäten in der EU schaffen, dabei die gesamte Innovationskette im Blick haben und Umsetzung in wettbewerbsfähige Produkte fördern
3. die Stärkung der KMU: Umsetzung des „Small Business Acts“ insbesondere durch verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen
4. eine Steigerung der Ressourceneffizienz: konsequente Umsetzung bestehender Recycling- und Abfallbestimmungen, Forschung an Substitution von seltenen Rohstoffen fördern, Festlegung klarer Ziele für nachhaltige Erzeugnisse wie z.B. die Initiative für umweltgerechte Kraftfahrzeuge, Weiterentwicklung der Ökodesign-Richtlinie
5. die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und -nehmer nachhaltig stärken und damit die langfristige Perspektive der Unternehmen entwickeln, insbesondere bei Innovation und Ressourceneffizienz
6. die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für Schlüsseltechnologien wie Mikro- und Nanoelektronik, Biotechnologie und hochmoderne Werkstoffe
7. eine Revision des öffentlichen Vergabewesens: klare Schwerpunktsetzung auf verbesserte Teilnahme von KMU und vereinfachte Verfahren
8. die Stärkung der Rolle der Patente und Normung als Triebkraft für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit durch Schaffung eines rechtlichen Rahmens für EU-Patente und Revision der Normung
9. eine verstärkte Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und -nehmer durch Investition in Bildung und Forschung, beispielsweise durch die Modernisierung von Hochschulangeboten und bessere Verbindung des Bildungssystems mit dem Arbeitsmarkt
10. Neugestaltung des Handels für eine gerechte Koexistenz und eine nachhaltige Produktion: Einbezug sozialer und ökologischer Standards in Handelsabkommen

Impressum

Herausgeber:
Die sozialdemokratischen Abgeordneten
im Europäischen Parlament
Bernhard Rapkay MdEP, Vorsitzender
Rue Wiertz 60 · ASP 12G 213
B-1047 Brüssel
Tel.: (0032) 228 43190 · Fax: (0032) 228 44922
E-Mail: s-d.delegationDE@europarl.europa.eu
Website: <http://www.spd-europa.de>

Verantwortlich:
Bernd Lange MdEP und Norbert Glante MdEP
E-Mail: bernd.lange@europarl.europa.eu
Website: <http://www.bernd-lange.de>
E-Mail: norbert.glante@europarl.europa.eu
Website: <http://www.glante.eu>

Redaktion:
Lena Harwardt und Petra Manderscheid-Wischermann

Diese Broschüre finden Sie auch online unter www.spd-europa.de.

Alle Informationen in der Broschüre sind sorgfältig recherchiert, können jedoch den Kontakt zu den die Mittel bewilligenden Stellen nicht ersetzen. Änderungen an bestehenden Programmen sind jederzeit möglich. Für die Inhalte der angegebenen Links kann keine Verantwortung übernommen werden.

Redaktionsschluss November 2011

Fotos: Titelblatt - © JUREC / pixelio.de
Umschlag hinten - © Dieter Schütz / pixelio.de

Gestaltung und Druck:
Druckerei Pohl, Brandenburg an der Havel, E-Mail: info@druckerei-pohl.de

